

Lernen wir gemeinsam französisch

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Tausende Arbeitsplätze werden vernichtet bei Weltkonzernen wie Siemens, VW, Daimler Chrysler, Coca Cola, Allianz Versicherung, bei AEG und Otis, bei Drews in Schrozberg, bei Huber in Neuhütten.

Warum? Weil kein Geld da ist, weil wir angeblich zu teuer sind?

Keineswegs. Siemens hat seinen Nettogewinn um 14 Prozent erhöht. Bei VW wurde er um das Vierfache gesteigert.

Nein!

Arbeitsplätze werden vernichtet – einzig und allein um die Gewinne, Renditen und Aktienwerte für Millionäre und andere Superreiche zu steigern, um mit den von uns erarbeiteten Gewinnen, andere Unternehmen aufzukaufen oder an Standorten neue Werke aufzubauen, die noch höhere Renditen versprechen.

Profit ist das einzige Ziel. Profit ist den Konzernherren und Aktionären wichtiger als die Existenz der Beschäftigten und ihrer Familien.

Wir fordern: Nicht der Profit - der Mensch muss im Mittelpunkt von Wirtschaft und Politik stehen

Die Regierung droht uns mit weiterem Raub: 3 Prozent Mehrwertsteuererhöhung, Rente mit 67, Kürzung der Pendlerpauschale, Streichung der Eigenheimzulage, weiteren Kürzungen bei Hartz IV, höheren Ausgaben für die Gesundheit, Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags zur Krankenversicherung.

Offensichtlich sollen wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die RentnerInnen und Arbeitslo-

sen zur wichtigsten Melkkuh der Großen Koalition werden.

Haben wir nicht gerade erst von Rot-Grün das Eintrittsgeld beim Arzt, die zusätzlich Versicherung für Zahnersatz, Kürzungen beim Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, bei der Rente aufgebremst bekommen?

Kolleginnen und Kollegen, es endgültig genug! Die Zeit ist reif zum Widerstand.

Allein Widerstand hilft, das zeigt Frankreich:

Die Regierung wollte den Kündigungsschutz für unter 26jährige beschneiden. Die Republik tobte: Gut zwei Monate lang haben Millionen Menschen Widerstand geleistet.

Zwölf Gewerkschaften, gemeinsam mit Studenten, Schülern und sozialen Bewegungen haben den Widerstand organisiert - insbesondere an 5 nationalen Aktions- und Streiktagen. Allein am 28. März waren 3 Mio. Menschen gegen die Regierung de Villepin und Chirac unterwegs. Der CPE, der Erstanstellungsvertrag, musste von der konservativen Regierung zurückgenommen werden.

Ein großer, ein eindeutiger Sieg für die demokratische Bewegung in Europa.

Auch die Hafentarbeiter waren erfolgreich.

Die EU-Richtlinie Port Package II, die Hafentarbeiterlinie, wurde ein zweites Mal von ihnen gestoppt. Die EU Kommission wollte, dass Seeleute ihre Schiffe selbst be- und entladen, Die Richtlinie war ein Frontalangriff auf die Lebensinteressen der Hafentarbeiter.

Die europäischen Hafentarbeitergewerkschaften, die Hafentarbeiter aus 15 Ländern Europas, den USA, Canadas und Australiens

haben gemeinsam vor dem Europäischen Parlament in Straßburg demonstriert. Es gab mehr-tägige Arbeitsniederlegungen in Griechenland über Spanien, Portugal bis Finnland.

Besonders hervorgehoben wurde der 24-stündige Streik in Deutschland.

Die europäisch und international vernetzten kämpfenden Hafentarbeiter haben diese Richtlinie nun zum zweiten mal gestoppt.

Das zeigt: Kämpfen wir gemeinsam, koordiniert, über Grenzen hinweg, sind Regierungen und EU-Kommission zu schlagen.

Die Kämpfe der Hafentarbeiter im Januar haben uns Mut gemacht für unsere großen Demonstrationen in Straßburg und Berlin gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Zehntausende, europäische Gewerkschaften und attac gemeinsam, haben in Berlin und Straßburg demonstriert. 80 von euch waren in Straßburg dabei. Bisher konnten wir aber nur minimale Veränderungen des Herkunftslandprinzips erreichen. Dieser Kampf ist noch nicht gewonnen, da müssen wir noch zulegen gegen die EU-Kommission.

Auch in Deutschland werden große Kämpfe geführt. Arbeitgeberverbände kündigen allenthalben Tarifverträge und Arbeitszeit.

Sie bekommen von uns die richtige Antwort darauf:

Die Beschäftigten der Universitätskliniken im Land haben im Oktober 14 Tage gestreikt um Arbeitszeitverlängerung und Einkommenskürzung abzuwehren. Sie haben einen achtbaren Abwehrerfolg erreicht.

In einem 9wöchigen Streik haben unsere Kolleginnen und Kollegen von ver.di zwei Drittel der Arbeitszeitverlängerung abgewehrt, die die öffentlichen Arbeitgeber der Kommunen durchsetzen wollten. Ein Abwehrerfolg im Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen für junge Menschen.

Allein in Baden-Württemberg sicherten sie damit 5.000 Arbeitsplätze.

Auch in der Metall- und Elektroindustrie haben wir die Arbeitszeitverlängerung abgewehrt. Die Arbeitgeber hätten den Tarifvertrag gekündigt, der Bedürfnis- und Erholungszeiten – Stichwort Pinkel- und Steinkühlerpause – sowie die Mitbestimmung der Betriebsräte bei Takt- und Fließarbeit sicherte. Es ging um 8 min längere Arbeitszeit pro Stunde.

Wieder waren Tausende Arbeitsplätze in Gefahr und gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen für die verbleibenden Belegschaften. Sechs Wochen lang haben fast 1 Millionen Warnstreikende verhindert, dass die Pausen gestrichen werden. Der Tarifvertrag vermögenswirksame Leistungen musste ebenso wieder in Kraft gesetzt werden und eine Lohnerhöhung von 3 Prozent wurde im Kampf durchgesetzt.

Erfolgreich wurde von ver.di und IG Metall die Zerstörung der Tarifverträge abgewehrt.

Auch einzelne Belegschaften leisten enormen Widerstand:

Bei dem Flughafen Caterer Gate Gourmet streikten 80 Beschäftigte sechs Monate lang. Der längste Arbeitskampf in der Geschichte der NGG.

Gate Gourmet wollte die Personalkosten um 10 Prozent kürzen. Obwohl Gate Gourmet die Produktion mit Leiharbeitnehmern aufrecht hielt, konnten unsere Kollegen eine geringe zweistufige Entgelterhöhung durchsetzen und eine Beschäftigungssicherung bis 2009. In Kompromiss musste sie eine befristete Arbeitszeitverlängerung zugestehen.

Dieser außergewöhnliche Arbeitskampf zeigt den ungewöhnlichen Mut und die Abwehrkraft einer kleinen Belegschaft. Sie lassen sich nicht kampfflos von international agierenden Konzernen ihre Arbeitsplätze und Entgelt rauben.

Die Kämpfe von Belegschaften gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze nehmen zu: Stellvertretend will ich hier nennen: Alstom in Mannheim, AEG in Nürnberg, Infineon in München.

Heute gilt unser Gruß und unserer Unterstützung besonders den Kolleginnen und Kollegen von Drews in Schrozberg. Die 50 Kolleginnen und Kollegen wehren sich gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze unter dem Motto: Eigentum verpflichtet, was Drews macht vernichtet.

Unserer Unterstützung haben auch die Kolleginnen und Kollegen bei ver.di, die gegen die Tarifgemeinschaft der Länder in Streiks ihre Arbeitszeit verteidigen, die Kolleginnen und Kollegen bei Textil und Bekleidung, wo die Arbeitgeber betriebliche Öffnungsklauseln und damit Arbeitszeitverlängerung und Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld fordern und die Kollegen und Kolleginnen in der Holz- und kunststoffverarbeitenden Industrie, wo die Arbeitgeber Teile des Urlaubsgeldes haben wollen.

Es herrscht Unruhe im Land – trotz beständiger Verlagerungsdrohungen wehren sich zunehmend mehr Menschen. Jeden Tag gehen irgendwo im Land die Menschen auf die Straße um für den Erhalt unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen – dabei habe ich noch gar nicht von den Ostermärschen, den Aktionen gegen Wohnungverkäufe und dem Widerstand gegen faschistische Aufmärsche gesprochen.

Die überwiegenden Zahl der Medien verschweigt das, oder redet es klein. Die Medien, die den Arbeitgebern gehören, wollen uns

den Mut nehmen, uns in Resignation treiben.

Aber immer mehr Menschen begreifen, dass nicht sogenannte Sachzwänge ihre Lebensperspektiven zerstören, sondern dass die rasante Umverteilung der Einkommen von unten nach oben die Ursache ist.

Aber deutlich ist für uns alle: Wir befinden uns in Abwehrkämpfen.

Immer noch glauben die Konzerne und ihre Regierung, sie könnten alles mit uns machen.

Uns steht die Schleifung des Kündigungsschutzes durch Frau Merkel ins Haus. Weitergehender als in Frankreich, soll bei uns der Kündigungsschutz für alle Beschäftigten in den ersten 24 Monaten gestrichen werden. Nun ist es ja heute schon so, dass Arbeitgeber, wenn sie angeben, keine Beschäftigung mehr zu haben oder wenn sie ihren Betrieb schließen wollen, jederzeit den Menschen kündigen können. Das erleben ja gerade die KollegInnen von Drews sehr bitterlich.

In Zukunft aber soll der Arbeitgeber in den ersten zwei Jahren ohne jegliche Begründung kündigen können. Dem hire and fire sind damit Tür und Tor geöffnet.

Das bedeutet, mindestens zwei Jahre lang keine Lebensplanung machen können, zwei Jahre soll man sich nicht wehren könne, zwei Jahre lang recht- und schutzlos. Zwei Jahre keinen aufrechten Gang, zwei Jahre Angst um die Zukunft.

Das werden wir nicht zulassen – wir werden französisch lernen!

Verkauft werden soll uns diese menschenverachtende Maßnahme mit dem Scheinargument, dann würden die Arbeitgeber mehr Leute einstellen. Nun wissen wir alle hier, die Arbeitgeber stellen nur ein, wenn sie Aufträge und Arbeit haben. Kein Mensch wird mehr eingestellt, nur weil es keinen Kündigungsschutz gibt.

Das zeigen die unsäglichen befristeten Arbeitsverträge. Keiner ist seitdem zusätzlich eingestellt worden – im Gegenteil. Immer noch suchen 7 Mio. Menschen Erwerbsarbeit. 8 Mio. müssen in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, also geringfügig beschäftigt, befristet, Teilzeit, Niedriglohn und 1-Euro-Jobs.

Es fehlt also offenbar an ausreichend Arbeitsplätzen – natürlich weil die Nachfrage wegen der sinkenden Einkommen zu gering ist und weil die Arbeitszeit – trotz steigender Produktivität ständig weiter verlängert wird. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich aber wäre die Maßnahme, die die Arbeitsplätze sichern würde.

Oder eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit ohne Rentenkürzung. Frau Merkel aber will das Gegenteil: Sie will das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöhen. Nicht mit uns! Das ist eine Verhöhnung der Älteren und der Jugendlichen.

Eine Verhöhnung der Jugendlichen, weil sie schon heute keinen Arbeitsplatz bekommen, auch nicht mit qualifiziertem Berufsabschluss.

Über eine halbe Mio. Menschen unter 25 Jahren sind arbeitslos, stehen vor einer verbauten Zukunft. Würden ältere Menschen gezwungen, länger zu arbeiten, würde sich die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen drastisch erhöhen.

Dann geht die Oma arbeiten, damit sie ihrem Enkel ein Taschengeld zahlen kann, denn von Hartz IV kann er ja nicht leben.

Wir brauchen Arbeits- und Ausbildungsplätze für unsere Kinder! Mit einer Reichensteuer kann man sie schaffen!

Rente mit 67 ist aber auch eine Verhöhnung der älteren Menschen. Schon heute ist es so, dass mehr als die Hälfte der Betriebe keine Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer über 50 be-

schäftigt. Schaut euch um, bei Euch im Betrieb!

Nur knapp 40 Prozent der über 55-jährigen hat überhaupt einen Arbeitsplatz, die anderen sind arbeitslos, langzeitarbeitslos. Das tatsächliche Renteneintrittsalter liegt bei knapp über 60 Jahren.

Die Rente mit 67 ist also nicht anders als eine reine Rentenkürzung. Denn geht heute jemand mit 62 in Rente, hat er eine Kürzung von 10,8 Prozent, bei der Rente mit 67 wird daraus eine Kürzung um 18 Prozent.

FRAU MERKEL, Wir brauchen keine Rente mit 67 sondern eine Rente mit 63 und eine Nachfolgeregelung für das Alterteilverzeitgesetz.

Und kommen Sie uns nicht wieder damit, es sei kein Geld da: Führen sie endlich die Reichensteuer ein.

Geld ist genug da, in diesem Land es ist nur falsch verteilt.

Deutschland ist bekanntlich ein freies Land, in dem vieles erlaubt ist. Man darf steuerfreie Millionenvermögen anhäufen, Menschen entlassen und gleichzeitig Arbeitszeiten verlängern, Löhne und Gehälter absenken, Lebensmittel und Tiere vergiften, die Luft verpesten, Berufsverbote verhängen, demokratische Rechte abbauen, Angriffswaffen bauen, Naziparolen verherrlichend in Städten und vor Synagogen aufmarschieren, öffentliches Eigentum wie Wohnungen, Wasser und Strom an Milliardäre verhökern.

Doch zwei Dinge darf man offensichtlich nicht: man darf den Reichen und Superreichen, den Konzernen kein Geld wegsteuern.

Und man darf keinen Mindestlohn einführen.

Ich frage euch Kolleginnen und Kollegen. Was ist falsch an der Reichensteuer?

Schon lange fordern wir eine Vermögenssteuer – wie es sie in

anderen Industriestaaten gibt, eine Reformierung der Erbschaftsteuer und eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 47 Prozent.

Damit die Einkommensmillionäre wieder etwas von den rotgrünen 100.000 Euro-Steuer geschenken zurückgeben müssen.

Das bringt 40 Milliarden Euro und 1 Mio. Arbeitsplätze. Wie viel Geld würden diese Arbeitsplätze in die Rentenkasse spülen! Die Renten müssten nicht ständig gesenkt werden.

Wir fordern eine Vermögenssteuer.

Und ich frage Euch, was ist falsch am Mindestlohn?

2,5 Mio Menschen arbeiten in Vollzeit zu Löhnen unterhalb der Armutsgrenze und können von ihrem Lohn kaum leben. Der Tariflohn eines Angestellten in der untersten Tarifgruppe im sächsischen Friseurhandwerk beträgt € 3,05 pro Stunde, das sind 492.- Euro im Monat bei einer 37-Stundenwoche

In Großbritannien beträgt der Mindestlohn 7,71 Euro. Was also ist falsch eine einem Mindestlohn von € 7,50?

Nichts, gar nichts, außer dass Konzerne, Banken und andere Arbeitgeber ihn nicht zahlen wollen. Die in Geld schwimmen und Luxusrenditen von 16 bis 18 Prozent haben, wie Siemens.

Und wie zum Hohn sagt der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Norbert Walter, wo es seiner Meinung nach hingehen soll. Dahin nämlich "dass manche von uns", so Walter, " ... - nicht so viel verdienen werden, wie sie in Deutschland zum Überleben brauchen."

Hier ein "Stundenlohn" von 409.000 Euro für Aldi-Inhaber Theo Albrecht, dort die Ein-Euro-Jobs für die Langzeitarbeitslosen. Die Kluft zwischen reich und arm, zwischen oben und unten wird immer größer. Die Unternehmer haben sich von der Sozialpart-

nerschaft verabschiedet. Sie fordern die Unterwerfung unter ihr Diktat.

Jeder Tarifkonflikt wird zum Machtkampf gegen die Beschäftigten und die Gewerkschaften. Deswegen brauchen wir starke Gewerkschaften mit vielen Mitgliedern! Anpassung ist der falsche Weg. Widerstand ist angesagt.

Aber der bisherige Widerstand reicht nicht, um den Sozialabbau und Stellenabbau zu stoppen. Ein Politikwechsel zu mehr Beschäftigung, zur Wiederherstellung der Sozialsysteme kann nur im gemeinsamen Kampf gegen Unternehmer und Regierung durchge-

setzt werden. Das von der IG Metall geforderte 20-Milliarden-Euro-Beschäftigungsprogramm wird nur Realität, wenn es durch den Druck der außerparlamentarischen Bewegung erkämpft wird.

Wer, wenn nicht wir kann solche Forderungen durchsetzen?

Wer, wenn nicht wir, soll die massenhaften Arbeitsplatzvernichtungen stoppen?

Hören wir auf zu resignieren.

Der 1. Mai wurde uns nicht geschenkt. Er wurde von Arbeitern hart erkämpft – und ohne Kampf werden wir auch heute keinen Rückschritt aufhalten können.

1856, vor etwa fünf Generationen, kämpften die Arbeiter in Australien für den 8-Stunden-Tag. Am 1. Mai 1856, nach 9 Tagen Arbeitskampf, feierten die Arbeiter ihren Sieg.

Aber erst 44 Jahre später wurde der 1. Mai international zum Kampftag für die Einführung des 8-Stunden-Tages.

Wir müssen wieder lernen, in längeren Zeiträumen und international zu denken.

Denken und Handeln wir französisch.